

Sozialismus hat Zukunft

Natürlich nur ein demokratischer. Kein Staatssozialismus à la Russland oder VR China, nur ein nachhaltiger, grüner Sozialismus ist gemeint. In jedem Falle hat der Kapitalismus ausgedient, das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist obsolet geworden. Die Wirtschaft muss genossenschaftlich organisiert werden, sich an den Bedürfnissen der großen Mehrheit der Bevölkerung ausrichten und nicht an den Profitinteressen einer kleinen Minderheit, die ihren Reichtum aufgrund der Ausbeutung der abhängig Beschäftigten anhäuft ohne Rücksicht auf die natürlichen Grundlagen jeglicher menschlichen Tätigkeit. So steht die Menschheit heute vor dem Scherbenhaufen, der nur in gut 200 Jahren ein Ausmaß angenommen hat, das alle Vorstellungen von einer vertretbaren Nutzung der natürlichen Ressourcen sprengt. Der Kapitalismus hat uns ein Erbe hinterlassen, das wir leider nicht ausschlagen können, sondern das wir hoffentlich noch so rechtzeitig umformen können, bevor die Erderwärmung uns allen den Garaus macht. Schon jetzt schreien die Wunden, die die hemmungslose Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe in Gestalt von Kohle, Öl und Erz der Landschaft zugefügt haben, zum Himmel, wo sie aber keiner hört. Was in Jahrmillionen gewachsen ist an Stoffen, die einen Nutzen für uns Menschen haben können, hat die kapitalistische Wirtschaftsweise so gnadenlos in kurzer Zeit verbraucht, dass zukünftigen Generationen nicht viel übrig bleibt. Die Gier nach Profit hat die Erde so durchwühlt und abgeholzt, dass nur noch Kahlschlag übrig geblieben ist. Und das geht einher mit einem gigantischen Artensterben, das in kürzester Zeit Tausende von Pflanzen- und Tierarten unwiederbringlich ausgelöscht hat. Gleichzeitig sind Megastädte entstanden, die mit ihrem kolossalen Verbrauch von Trinkwasser und Lebensmitteln alles in den Schatten stellen, was jemals vorstell-

bar war. Allein die gewaltigen Abfallberge hinterlassen eine Spur der Verwüstung, mit der die kommenden Generationen konfrontiert sind. Die Elendsviertel mittendrin oder am Rande dieser Städte machen uns klar, wohin die Reise geht. Immer mehr Armut, Kriminalität, eine geringere Lebenserwartung aufgrund der unerträglichen Luftbelastung, Krankheitsbilder wie sie nie gesehen wurden und eine ausufernde Brutalität und Rücksichtslosigkeit in den sozialen Beziehungen geben ein absolut klägliches Bild unserer Zivilisation ab. Die herrschende Pandemie, deren Ursache noch nicht wirklich ermittelt wurde, aber die durchaus mit der zunehmenden Nähe zu wildlebenden Tieren zu tun haben könnte, ist vielleicht tauch nur ein Zeichen dafür, dass unsere so scheinbar sichere Beherrschung der Natur gar nicht so sicher ist.

Wenn dann die Flüchtlingsströme aus den Gegenden, wo Krieg oder ökologische Katastrophen wie Dürre oder Überschwemmungen den Menschen dort ein Weiterleben nicht länger ermöglichen, zunehmen, dann steht zu befürchten, dass ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen immer weniger möglich ist.

Es reicht also mit einem Wirtschaftssystem, das sicher auch Vorteile und Errungenschaften gezeitigt hat, die wir nicht vermissen mögen, wie die Fortschritte in Hygiene und Medizin, aber das nun endgültig an seine Grenzen gestoßen ist. Diese Grenzen wurden schon vor einem halben Jahrhundert von klugen Wissenschaftlern aufgezeigt, die davor warnten, dass ein unbegrenztes Wachstum in einer begrenzten Welt gar nicht möglich sein kann. Diese Warnungen verhallten weitgehend ungehört oder wurden als Panikmache abgetan, denn "business as usual" war angesagt. Und so beschleunigte sich das Karussell von Ausbeutung sämtlicher Naturschätze und gleichzeitigem Anhäufen von Müll noch einmal und droht aus der Bahn zu geraten, wenn jetzt bald das

Klima kollabieren sollte.

Es ist also allerhöchste Zeit für ein radikales Um- oder Überdenken aller unserer Lebensgewohnheiten. Es muss alles auf den Prüfstand, um noch einigermaßen Sicherheit zu haben, dass es mit unserem Leben auf diesem Planeten weitergehen kann, aber ganz sicher nicht mit dem Wohlstandsmodell, das uns das kapitalistische Wirtschaftsmodell als Erfolgsgeschichte erzählt hat. Leider waren auch die bisherigen Versuche, diesem Modell eine Alternative entgegenzusetzen, nicht von Erfolg gekrönt. Ganz im Gegenteil. Diese "Alternativen" wie sie sich in Gestalt des sowjetischen Kommunismus und seiner Trabanten gezeigt haben oder jetzt noch der als Sozialismus verbrämte Staatskapitalismus in der VR China, haben leider die sozialistischen Gegenentwürfe so diskreditiert, dass es sich fast als ein aussichtsloses Unterfangen darstellt, diesem Modell neues Leben einzuhauchen.

Wenn der Faschismus als Speerspitze des Kapitalismus solche Gestalten wie die Massenmörder Hitler und Himmler hervorgebracht hat und all die Diktatoren vom Schlage eines Mussolini, Franco, Salazar, Pinochet bis hin zum "Sultan" der Türkei, dann hat auch der Sozialismus Figuren wie die Massenschlächter Stalin und Berija auf den Plan gerufen sowie deren Adepten Ulbricht und Mielke, dazu die selbsternannten Führer des Proletariats, Typen wie Ceaucescu, Novotny, Ràkosi oder Gomulka, bis hin zu den "großen" Staatsmännern Putin und Lukaschenko. Mit Sozialismus haben all diese von den jeweiligen Geheimdiensten getragenen Schreckensherrschaften ohne jegliche demokratische Legitimation rein gar nichts zu tun. Sie waren und sind nur Karikaturen einer Gesellschaft, in der angeblich das Volk das letzte Wort hat.

Da waren die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, noch richtige Unschuldslämmer, wenn man an ihren Idealismus denkt, wie sie sich für das unterdrückte Proleta-

riat eingesetzt und gleichzeitig die theoretischen Grundlagen für eine neue Gesellschaftsformation geschaffen haben.

Ihre Vision von einer künftigen Gesellschaft, in der die Ausbeutung der arbeitenden Massen abgeschafft ist und eine echte Volksdemokratie ohne Privilegien für eine kleine Minderheit von Besitzenden die politische Macht hat, ist so aktuell wie nie zuvor. Nach all den zum größten Teil furchtbaren Irrwegen hin zu einer gerechten Gesellschaft, kann man nur auf einen Sozialismus mit "menschlichem Antlitz" setzen, so wie er mit einer solchen Persönlichkeit wie Alexander Dubcek in der Tschechoslowakei im Ansatz verwirklicht wurde. Eine kurze Weile gab es hier den Vorschein einer solidarischen Gesellschaft, in der Meinungs- und Pressefreiheit herrschte, die Zensur aufgehoben war und der Machtmissbrauch durch eine korrupte Herrschaftsclique nicht länger geduldet wurde, endlich Rechtsstaatlichkeit und demokratische Teilhabe einkehrte. Alles Errungenschaften, die selbstverständlich zum Kanon jeglichen Politikverständnisses gehören und die im Besonderen in einer sozialistischen Gesellschaft erste Priorität haben sollten, wenn es eine Gesellschaft sein soll, die "gemeinschaftlich", denn das heisst "sozial", ihre Belange regelt.

Kürzlich hat der Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, Klaus Dörre, eine umfassende Betrachtung vorgelegt, die den Titel trägt "Die Utopie des Sozialismus". In diesem Werk unternimmt der Autor den Versuch, der alten Idee des Sozialismus neue Strahlkraft zu geben. Aber vielleicht ist dieser Sozialismus für das 21. Jahrhundert nur noch die "Notbremse, die den mit Hochgeschwindigkeit auf einen Abgrund zurasenden Zug zum Halten bringt", wie es in einer Rezension zu diesem Buch zu lesen war. Da heisst es weiter, dass noch rechtzeitig die "Weichen gestellt werden könnten, die aus der ökonomisch-ökologischen

Zangenkrise hinausführen." Das soll wohl bedeuten, dass der Sozialismus sozusagen die letzte Chance für einen Neuanfang einer mit der Natur versöhnten Gesellschaft ist, bevor alles den Bach runtergeht...

Wie dem auch sei, jedenfalls muss dieser neue Sozialismus den Fehler vermeiden, so zu tun, als hätte er ein konkretes Endziel. Er kann nur in evolutionären Schritten vollzogen werden und darf nicht der "Menschheit endgültige Gesetze diktieren", wie es Friedrich Engels einmal gesagt hat. Dieser hatte auch bereits in seinem Frühwerk von 1845 "Die Lage der arbeitenden Klasse in England", diesem Pionierwerk der empirischen Sozialforschung, die vernichtende Anklage gegen die englische Bourgeoisie erhoben, die mit ihrer zügellosen Profitgier die Verelendung der arbeitenden Bevölkerung verschuldet hat. Dieses Werk hat ganze Generationen von ArbeiterInnen aufgerüttelt, um ihre Lage zu verbessern und die politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse umzuwälzen. Erst mit seinem Spätwerk von 1880 "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" hat er die Grundlage für eine fundierte Betrachtung der Möglichkeiten für eine tatsächliche Umwälzung der allgemeinen Produktionsverhältnisse geschaffen. Dieses Werk hat übrigens bis heute zahlreiche Auflagen erfahren und wurde in über 70 Sprachen übersetzt. Friedrich Engels geht zunächst auf die drei großen "utopischen Sozialisten" ein, also auf Saint-Simon, Charles Fourier und Robert Owen, die in der Frühphase des Kapitalismus nach 1800 zugleich mit der Aufhebung der Klassengegensätze die ganze Menschheit befreien und das Reich der Vernunft und der ewigen Gerechtigkeit errichten wollten. Insbesondere habe Charles Fourier die "materielle u. moralische Misere der bürgerlichen Welt unbarmherzig aufgedeckt." Und ihnen allen sei der "Sozialismus der Ausdruck der absoluten Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit und brauche nur entdeckt werden, um aus eigener

Kraft die Welt zu erobern." Diese idealistische, geradezu metaphysische Sichtweise beantwortet Engels mit den Worten: "Die Lehren der bürgerlichen Ökonomie von der Identität von Kapital und Arbeit, von der allgemeinen Harmonie und dem allgemeinen Volkswohlstand als Folge der freien Konkurrenz werden immer schlagender von den Tatsachen Lügen gestraft." Und er fügt hinzu, dass die "ganze bisherige Geschichte mit Ausnahme der Urzustände die Geschichte von Klassenkämpfen ist". Somit ist die jetzige Etappe der Geschichte als das notwendige Erzeugnis des Kampfes zweier geschichtlich entstandenen Klassen, des Proletariats und der Bourgeoisie zu bewerten. Die bisherigen sozialistischen Auffassungen kritisierten zwar die kapitalistische Produktionsweise und ihre Folgen, konnten sie aber nicht erklären. Erst in Folge der zunehmenden Arbeitskämpfe im Laufe des 19. Jahrhunderts konnte der Sozialismus nicht länger als Entdeckung von genialen Köpfen angesehen werden, sondern als das notwendige Erzeugnis des Kampfes zweier geschichtlich entstandenen Klassen. Aus der genauen Analyse dieser Kämpfe mussten sich die Mittel zur Lösung des Konflikts ermitteln lassen. Es musste exakt ökonomisch analysiert werden, worin die Ausbeutung der ArbeiterInnen besteht und wie sie zustande kommt. Das Ergebnis dieser Analyse bestand in der "Enttöpfung des Mehrwerts", so wie es Karl Marx in seinem epochemachenden Werk "Das Kapital" beschrieben hat. Er stellte fest, dass die Aneignung unbezahlter Arbeit die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise ist. Engels fasst diese Erkenntnis so zusammen, dass der "Kapitalist, selbst wenn er die Arbeitskraft seines Arbeiters zum vollen Wert kauft, den sie als Ware auf dem Warenmarkt hat, dennoch mehr Wert aus ihr herausschlägt, als er für sie bezahlt hat; und daß dieser Mehrwert in letzter Instanz die Wertsumme bildet, aus der sich die stets wachsenden Kapitalmasse in den Händen der besitzenden Klassen anhäuft".

In der vorkapitalistischen Produktionsweise beruhte das Eigentum an den hergestellten Produkten auf der eigenen Arbeit und die Besitzer der Arbeitsmittel hatten sich das so hergestellte Produkt angeeignet, weil es in der Regel ihr eigenes Produkt war. Jetzt, in der durch die neuen Produktionsmittel wie Dampfmaschinen und mechanische Webstühle erweiterten Produktion, eigneten sich die Kapitalisten die Produkte immer noch als ihr Eigentum an, obwohl sie ausschließlich die Produkte fremder Arbeit waren, geschaffen von der großen Zahl der arbeitenden Menschen in den neuen Produktionsstätten, den Fabriken. In einer Gesellschaft, in der die Lohnarbeit zur vorrangigen Form in der Produktion von Waren wird und die Arbeiter nur noch die Möglichkeit haben, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dafür nicht einmal angemessen bezahlt werden, sie also auf den Status von reinen Produzenten von Waren, die sie sich selbst nicht mehr aneignen können, reduziert werden, wird der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und der Aneignung durch den einzelnen Kapitalisten so offensichtlich, dass der Gegensatz von Kapital und Arbeit der entscheidende Grund für eine sozialistische Umwälzung der Verhältnisse wurde. Die tatsächlichen Revolutionen in Ländern wie dem zaristischen Russland und dem feudal geprägten China entstanden dann allerdings gewaltsam mit militärischen Mitteln und brachten in der Folge die politische Herrschaft von Parteidiktaturen hervor, die die Produktionsmittel kontrollierten und sich auf Kosten der arbeitenden Massen bereicherten.

Die von einer kapitalistischen Wirtschaftsweise geprägten Länder haben bis heute den Gegensatz von Arm und Reich ins Gigantische wachsen lassen, haben von Anfang an einen Weg eingeschlagen, der von Leichen gepflastert ist, ihre Wirtschaftskrisen haben Millionenheere von ArbeiterInnen in Not und Elend versinken lassen, ihre Kolonialkriege mit den Genoziden an in-

digenen Völkern, die Barbarei von zwei Weltkriegen mit ihren Hekatomben von Toten und der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch die hemmungslose Ausbeutung der Naturschätze und dem Artensterben, sind jetzt endgültig an eine Grenze angelangt, die absolut nach etwas Neuem schreit.

Dies Neue kann nur eine Alternative zum bestehenden kapitalistischen Gesellschaftssystem und zu einem falschen Sozialismus sein. Diese Alternative kann nur die Vision oder konkrete Utopie eines richtig verstandenen Sozialismus sein, dessen Umrisse klar zu benennen sind und der nur auf der Grundlage von demokratischen Rechten aller BürgerInnen verwirklicht werden darf. Eine dieser Grundlagen ist schon in unserem Grundgesetz benannt, wonach das Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen hat. Und auch Enteignungen sind zulässig, wenn auch nur zum Wohle der Allgemeinheit. Zwar werden das Eigentum und das Erbrecht grundsätzlich gewährleistet, aber ihr Inhalt und ihre Schranken werden durch Gesetze bestimmt, die von gewählten Volksvertretern verabschiedet werden. Mit solchen Vorschriften wäre auch ein friedlicher Übergang zu einer genossenschaftlich-gemeinwohlorientierten Wirtschaftsweise möglich, wenn eine Mehrheit der Volksvertreter entsprechende Gesetze beschließt.

Wenn die große Mehrheit eines Volkes das gemeinsame Schicksal teilt, nämlich das Streben nach Gesundheit, körperlicher Unversehrtheit Schutz vor Gefahren und Gewalt, einem Auskommen, das ihr tägliche Nahrung bringt, ein Dach überm Kopf, die Fürsorge für Kinder und Alte und einiges mehr, dann wäre mit der Verwirklichung solcher Rechte eine Art von sozialer Gerechtigkeit gegeben, die man auch als Sozialismus bezeichnen könnte. Das würde einer Zukunft entsprechen, in der die zutiefst menschlichen Regungen nach solidarischem Verhalten und gegenseitigem Respekt sich mit einer Produktionsweise verbindet, die

nicht länger auf Kosten der Natur arbeitet, sondern nur lebensnotwendige, nachhaltige und nützliche Güter herstellt. Das könnte der Rahmen einer Gesellschaft sein, in der es kein Oben und Unten mehr gibt, da alle Menschen gleich geboren und mit gleichen Rechten ausgestattet sind. Und wenn jetzt die gesamte Menschheit durch die zunehmende Erderwärmung bedroht ist, dann darf es auch keine Privilegien für Superreiche geben, die sich in ihre bewachten Sperrgebiete zurückziehen und darauf hoffen, dass sie von den Auswirkungen der Klimakrise verschont bleiben. Wenn man bedenkt, dass das einkommensstärkste Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung fast 30 Prozent der Wohlstandszuwächse für sich verbuchen konnte, dann ist damit eine so gewaltige Schieflage eingetreten, die nicht länger hingenommen werden darf. Eine sozialistische Transformation, um aus der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise herauszukommen, ist also längst überfällig. Weiteres Wirtschaftswachstum wird nicht länger möglich sein, es dürfte eine langanhaltende Stagnation eintreten, da, wie Klaus Dörre schreibt, die "Billigressourcen wie billige Natur, billiges Geld, billige Arbeit, Fürsorge, Nahrung und Energie, sich dem Ende zuneigen." Ob ein "Postwachstums-Kapitalismus" oder gar ein "grüner" Kapitalismus den Niedergang aufhalten kann, ist zwar noch nicht ganz ausgemacht, aber wahrscheinlicher ist, dass selbst niedrige Wachstumsraten die Polarisierung der Gesellschaft forcieren, weil die Geldgier und der Konkurrenzkampf um die noch bestehenden Ressourcen umso heftiger ausfallen. Schon jetzt hat das riesige Privatvermögen von wenigen Geldeliten, die den kompletten Finanzsektor kontrollieren und mit hochspekulativen Geschäften anheizen, ein solches Ausmaß angenommen, dass ein Finanzkollaps von gewaltiger Dimension als Menetekel an der Wand steht. Zusammengefasst lässt sich die Situation mit den Worten von Ernst Ulrich von Weizsäcker so beschreiben:

"Es eilt sehr. Ein Systemkollaps ist eine reale Gefahr ...Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen, bedingt durch das rasante Bevölkerungswachstum, der Übernutzung der Ressourcen, die Veränderung des Klimas, den Verlust von Biodiversität, und insgesamt stehen wir vor einem schleichenden Verlust der Lebensgrundlagen." Er spricht sogar von einem drohenden Ökozid.

Wenn das alles zutreffen sollte, dann wird es allerdings allerhöchste Zeit, alles dafür zu tun, dass dieses Horrorszenario nicht eintritt. Ansätze dafür sind zweifellos die Internationalen Klimakonferenzen, die Bemühungen der UNO, der Kampf der indigenen Völker für ihre Rechte und das Auftreten solcher weltweiten Protestbewegungen wie "Fridays for Future" und vieles mehr an sinnvollen Aktivitäten, aber ein durchschlagender Erfolg ist nicht abzusehen. Das mag auch daran liegen, dass kein einziges Land auf dieser Erde konsequent gegensteuert, weil die jeweiligen Machteliten noch zu viel an Einfluss haben und fast alle Bemühungen für eine ökologische Transformation torpedieren. Das mag sich mit der neuen Ampel-Koalition in Deutschland etwas zum Besseren wenden, aber die marktradikalen oder neoliberalen Kräfte selbst innerhalb der Regierungsmannschaft sind noch so dominant, dass eine echte Wende hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise nicht unmittelbar in Aussicht steht. Auch die deutsche Sozialdemokratie hat sich spätestens seit ihrem Godesberger Programm von 1959 von ihrer geschichtlich durchaus herleitbaren Forderung nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung verabschiedet. Sie hat ihren "Burgfrieden" mit der marktwirtschaftlichen Ordnung mit ihren vielen sozialen Ungleichheiten geschlossen und hält sich zugute, zumindest einige Reformen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung erreicht zu haben. Und so wird die längst überfällige Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro fast schon zu einer "revolutionären" Tat.

Und doch setzt sich ganz allmählich die Erkenntnis durch, dass eine friedliche und mit der Natur versöhnte Gesellschaft nur unter sozialistischen Vorzeichen denkbar ist. Dazu tragen Wissenschaftler wie Klaus Dörre und seine soziologischen und politologischen "Gesinnungsgenossen" an vielen Universitäten Europas, der USA und Japan erheblich bei und auch einzelne kluge Menschen in den ehemals kommunistischen Ländern schließen sich solchen Einschätzungen und Ansichten an, wie sie stellvertretend für alle Klaus Dörre formuliert.

Ob solche auch noch so fundierten theoretischen Erkenntnisse "massentauglich" werden und dazu beitragen, dass sich zahlenmäßig große Bewegungen daraus ableiten werden, steht sicher noch eine ganze Weile in den Sternen. Aber je mehr sich die Widersprüche in unseren Gesellschaften verschärfen, desto wahrscheinlicher werden die Protestbewegungen gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur und gegen das große Geld zunehmen. Leider steht aber auch gleichzeitig zu befürchten, dass Naturkatastrophen in einem Maße über uns kommen werden, dass deren Bewältigung alles andere in den Schatten stellen wird. Auch die zu erwartenden Flüchtlingsströme werden so viel an Konfliktpotential mit sich bringen, dass ein friedlicher Umgang nur schwer vorstellbar ist. Das Auftreten faschistischer Gruppierungen, die mit ihrem Rassismus und ihrer fremdenfeindlichen Agitation zu einer Gefahr für die Demokratie werden, ist ein weiterer Grund für die Befürchtung, dass ein friedliches Miteinander auf dem Spiel stehen könnte. Das Beispiel USA, wo schon offen von einem möglichen Bürgerkrieg die Rede ist, zeigt nur, was die Stunde geschlagen hat. Bevor wir also den Sozialismus realisieren können, müssen wir erstmal die Errungenschaften einer Demokratie verteidigen, die uns trotz aller ihrer Mängel zumindest ein einigermaßen friedliches Zusammenleben ermöglicht. Dennoch, wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, dass

eine bessere Zukunft möglich ist. Das diese Zukunft nur in einer gemeinschaftlichen, dem Allgemeinwohl verpflichteten Ordnung bestehen kann, ist eigentlich selbstverständlich und kaum hinterfragbar. Der Mensch ist ein soziales Wesen und kann nur gut leben, wenn er sich freundlich seinen Mitmenschen gegenüber verhält und man sich gegenseitig hilft und unterstützt.

Dieses Credo darf nicht in Frage gestellt werden, sonst driften wir ab in die Barbarei. Die Menschheit hat das leider oft genug schon erlebt, in all den Kriegen, die um Machterweiterung und wirtschaftliche Vorteile geführt wurden. Die Leidtragenden waren immer die ärmeren Schichten der Gesellschaft, während die Besitzenden und Reichen in der Regel ihre Schäflein ins Trockene bringen konnten. Das dürfte endgültig vorbei sein, wenn die Erderwärmung so zunimmt, dass allem Menschen so heiß wird wie jetzt schon den Menschen in Kalifornien, die sich vor den dort wütenden Waldbränden in Sicherheit bringen müssen. Da wird es auch nur eine vorübergehende Möglichkeit sein, wenn die Reichen aus dem Silicon Valley die Vorstellung haben, sie könnten sich auf künstlichen Inseln vor der Küste sicher fühlen vor den Gefahren einer lebensfeindlichen Umwelt. Noch verrückter ist die Vorstellung, diesen Planeten zu verlassen, wenn er unbewohnbar werden sollte, um einen anderen Stern zu besiedeln. Eine alte Weisheit der Umweltbewegung lautet, es gibt keinen Planet B, wir haben nur diesen einen. mit dem wir schonend umgehen müssen.

Bleibt der Sozialismus also nur eine schöne Wunschvorstellung oder beseht die Chance - vielleicht ist es die letzte - ihn zu verwirklichen, bevor die Welt in Chaos versinkt. Zugegebenermaßen eine große Frage, an deren Beantwortung wir auch verzweifeln und scheitern könnten. Sollte man aber zunächst alle apokalyptischen Mutmaßungen zurückstellen und darauf setzen, dass der von der EU ausgerufene "New Green Deal" die Lösung ist?

Dass die dringend notwendige Klimaneutralität aller Produktion, von Mobilität und Bauwesen durch Technologieschübe zu erreichen ist, die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zu managen wären? Ein "grüner Kapitalismus" also, der den Gedanken an eine sozialistische Transformation obsolet werden lässt? Klaus Dörre karikiert eine solche Vorstellung mit den Worten: "Wir fahren mit dem Elektroauto, verfügen über synthetische Kraftstoffe, essen aus Pflanzen hergestelltes Fleisch, bauen mit emissionsfreiem Zement, verarbeiten klimaneutralen Stahl, lassen die Welt aber im Großen und Ganzen wie sie ist." Sieht so die "Nachhaltigkeitsrevolution" aus, die uns aus der Misere einer "Katastrophengesellschaft" herausführt, wie sie vor Jahren schon Ulrich Beck konstatiert hatte? Wer das glaubt, unterschätzt die Dynamik der Klimaveränderung und ihre Folgen. Und wenn jetzt ernsthaft diskutiert wird und so auch beschlossen wird, dass Atomkraftwerke nachhaltig sind und zur Lösung der Klimakrise beitragen könnten, dann fragt man sich, was die ganzen Atomkraftgegner wohl falsch gemacht haben könnten, wenn sie auf die ungeklärte Frage nach dem Verbleib des radioaktiven Abfalls hingewiesen und die immensen Kosten von solchen Anlagen benannt haben, von der Sicherheit mal ganz abgesehen. Zum Glück hat sich die bundesrepublikanische Politik auf den Ausstieg aus der Kernkraft festgelegt und mit ihrem Bemühen für einen klimaneutralen Umbaus der Wirtschaft sich ein so ehrgeiziges Ziel gesetzt, dass wir BürgerInnen gespannt verfolgen werden, ob das im Rahmen unserer marktwirtschaftlichen Ordnung gelingen kann. Schon jetzt sieht fest, dass das nur passiert, wenn der Staat massiv interveniert und die wesentlichen Entscheidungen an sich zieht. Eine ganze Reihe von prominenten Kapitaleignern bringen solchen Absichten der Politik durchaus Sympathie entgegen, da zumindest ihre Gewinn-Interessen damit nicht grundsätzlich zur Disposition stehen und sie von entspre-

chenden staatlich finanzierten Forschungsvorhaben profitieren. Die sozialen Folgekosten eines solchen Umbaus sind kaum bezifferbar, aber es steht zu befürchten, dass die ärmeren Schichten der Gesellschaft die höchsten Lasten tragen werden, während die Reichen kaum etwas von ihrem Lebensstandard einbüßen.

Ein positiver Gegenentwurf muss zumindest die Umriss einer nachhaltigen sozialistischen Gesellschaft aufzeigen. Das beginnt damit, dass transformative Rechtsverhältnisse geschaffen werden, die die Nachhaltigkeitsziele in den Verfassungsrang heben.

Dazu muss eine deutliche Ausweitung von Mitbestimmungsrechten der Beschäftigten kommen, die in Richtung einer echten Wirtschaftsdemokratie zielen. Es muss sichergestellt werden, dass nur noch langlebige Güter produziert werden, die ressourcenschonend sind und insgesamt darf das BIP (Brutto-Inlands-Produkt) nicht länger der Maßstab für die Berechnung der Wirtschaftsleistung sein, da hier auch die Naturzerstörung und die Reparatur von Schäden zum Wirtschaftswachstum hinzugezählt werden. Diejenigen Wirtschaftsakteure, die gegen die Nachhaltigkeitsziele verstoßen, könnten auch enteignet werden.

Schon die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben entsprechende Möglichkeiten aufgezeigt. Und noch vor Verabschiedung des GG hat die CDU in ihrem Ahlener Programm von 1947 formuliert:

"Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel einer sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine ge-

meinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert."

Eine ausdrückliche kapitalistischen Wirtschaftsweise wurde niemals im GG aufgenommen oder garantiert. Es ist grundsätzlich offen auch für eine sozialistische Transformation.

Die reale Entwicklung nach 1949, nach dem Inkrafttreten des GG, hat allerdings durch die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse eine andere Wendung genommen. Jetzt, in den Krisenzeiten, die ganz sicher kommen werden, kann man ohne weiteres auf die Vorstellungen, die von der damaligen CDU und natürlich auch von der SPD entwickelt wurden, zurückgreifen und das umso mehr, weil die ökonomisch-ökologische Zangenkrise dies unbedingt erfordert. Wenn der Staat als "ideeller Gesamtkapitalist" auftritt, wenn er Strukturentscheidungen trifft wie den Ausstieg aus Atom- und Kohlekraftwerken oder zugunsten von Arbeitsplatzsicherung in Unternehmen eingreift oder zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur, dann sind das Vorformen von Gemeinwirtschaft, die den allmählichen Umstieg auf eine vollkommen gemeinwirtschaftliche Ordnung vorbereiten. Der gesamte Umbau der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität wird nur durch massive staatliche Eingriffe ermöglicht. Wenn auch das Privateigentum an Produktionsmittel nicht ganz verschwindet, so wird die Mitbestimmung, die Eigeninitiative und die Selbstorganisation sowie die persönliche Verantwortung der Beschäftigten zunehmen, so dass eine echte Partnerschaft zwischen den noch nominellen Besitzern und den Beschäftigten entstehen kann. Schon heute nehmen Wohnkooperative, Energie- und Agrargesellschaften, Mitarbeitergesellschaften, Einrichtungen einer solidarischen Ökonomie und auch Stiftungsunternehmen eine

bedeutende Rolle ein und das wird sich sicher noch verstärken. Wie die mit internationalem Kapital ausgestatteten großen Kapitalgesellschaften in Formen von Gemeineigentum überführt werden können, darüber wird noch lange gestritten werden, solange jedenfalls, bis krisenhafte Entwicklungen ganz andere Fragen auf die Tagesordnung setzen. Dann dürften auch ehemals mächtige Konzerne froh sein, wenn der Staat noch rettet, was zu retten ist. Die Klein- und Mittelbetriebe als wichtige Treiber von technologischer Innovation bleiben als echte marktwirtschaftliche Unternehmen von staatlicher oder gemeinwirtschaftlicher Organisation weitgehend ausgeschlossen. Sie dürfen nicht einer zentralistischen Wirtschaftsmacht unterworfen werden, sondern müssen sich in "kooperativer Konkurrenz" im Wettbewerb bewähren. Hier noch ein paar Sätze aus dem Ahlener Programm. Unter der Überschrift "Ziel aller Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes" heisst es: "Die Wirtschaft hat der Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen und der Gemeinschaft zu dienen. Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit. Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und Freiheit auf politischem Gebiet hängen eng zusammen. Die Gestaltung und Führung der Wirtschaft darf dem einzelnen nicht die Freiheit seiner Person nehmen." Weiter wird dann die "Vergesellschaftung der Bergwerke" gefordert. Auch die SPD spricht in ihrem Wahlprogramm von 1949 davon, dass "Sozialisierung der großen Industrie, Kredit- und Geldinstitute und des Versicherungswesens Eigentum des deutschen Volkes an den Mitteln der Wirtschaft und ihrer Demokratisierung bedeutet. Sozialisierung ist nicht das Anfassen des privaten und persönlichen Eigentums oder des mittleren und kleinen Eigentums an Produktionsmitteln." Dann wird noch festgestellt: "Die Sozialisierung ist der beste Schutz des Friedens und der Demokratie." So weit waren wir schon einmal....

Und noch 1971 hat sogar die FDP in ihren "Freiburger Thesen" betont, dass ein richtig verstandener Liberalismus auch eine Reform des Kapitalismus erfordert und eine Demokratisierung der Gesellschaft. Außerdem habe der Umweltschutz Vorrang vor dem Gewinnstreben und es bestehe das Recht auf eine "menschenswürdige Umwelt."

Wenn man jetzt noch die Aussagen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wirtschaft und Gesellschaft dazu nimmt, dann hätte die gegenwärtige Regierung schon eine gute Voraussetzung, um die kapitalistische Wirtschaftsweise mindestens so zu reformieren, dass einem klimaneutralen Umbau nichts mehr im Wege steht. Zusammen mit mehr Mitbestimmungsrechten der Beschäftigten bekäme der Kapitalismus in unserem Land ein soziales Gesicht, das nicht länger hinter einer umweltzerstörerischen Politik verborgen bleiben darf.

Die große Hilfsbereitschaft quer durch die Bevölkerung nach der Flutkatastrophe im Westen unseres Landes im Sommer 2021 hat gezeigt, dass viele Menschen begriffen haben, dass wir alle nicht davonkommen werden, wenn die Erderwärmung mehr solcher Katastrophen zeitigt. Umso dringender ist die Abkehr von einer egoistischen Sichtweise, die ohne Blick auf das Allgemeinwohl nur ihre Schäfchen ins Trockene bringt. Das gilt für den einzelnen Bürger und selbstverständlich für jeden Unternehmer, der seine Profitinteressen hintanstellen muss, wenn es um das Wohl der Allgemeinheit und der Umwelt geht.

Ob es irgendwann, sozusagen noch rechtzeitig vor der ganz grossen Krise unserer Zivilisation, gelingt, die Weichen für eine umweltgerechte und sozialgerechte Gesellschaft zu stellen, bleibt eine offene Angelegenheit. Wir können nur hoffen, dass es so weit kommt.

Klaus Dörre hat seinem Buch den Untertitel gegeben: "Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution" und ist optimistisch, wenn er

auf die vielen genossenschaftlich organisierten Unternehmen und Mitarbeitergesellschaften hinweist, die zwar auch Gewinn generieren wollen, aber ihren Hauptzweck in der Sicherung von Einkommen und Beschäftigung sehen. Dazu komme der Augenmerk auf die Produkte, auf deren ökologischen Folgekosten, auf ihre Langlebigkeit und Nützlichkeit.

Klaus Dörre kommt zu dem Schluss, dass "ohne utopischen Überschuss der Sozialismus im 21. Jahrhundert keine Chance habe". Er spricht davon, dass ein nachhaltiger Sozialismus auch als eine "rebellische Lebensform" gesehen werden sollte. Zwar gebe es nirgendwo auf der Welt eine solche nachhaltige sozialistische Gesellschaft, aber immer mehr Menschen sehen darin die einzige Chance, noch einigermaßen unbeschadet die allgemeine Krise unserer Zivilisation zu überstehen.

Er beruft sich dabei auch auf das Weltsozialforum, das mit über 1.000 Organisationen aus aller Welt und 12.000 TeilnehmerInnen zum ersten Mal im Jahre 2001 in Porto Alegre in Brasilien tagte. Das Motto lautete: "Eine andere Welt ist möglich" und darunter wurden Alternativen zum vorherrschenden Wirtschaftsmodell des Neoliberalismus und zu einer Globalisierung, die nur den großen Konzernen zugute kommt, diskutiert. Die Herrschaft der Welt unter das Kapital darf nicht das letzte Wort der Weltgeschichte sein. Auf ihrem Treffen im Jahre 2009 wurde ausdrücklich erklärt, dass die globale Krise nicht mehr mit den Mitteln des Kapitalismus zu bewältigen ist und es wurde vereinbart, dass vor allem öffentliche, kooperative, kommunale und kollektive Eigentumsformen gefördert werden sollten.

Mit solchen Vorstellungen im Hinterkopf und dem "Kompass" von Klaus Dörre in der Hand dürfte eine andere Welt zu schaffen sein.

